

Bericht aus der Gemeinderatsitzung vom 20.09.2021

Nach der Sommerpause erwartete den Gemeinderat eine sehr volle Tagesordnung mit 19 öffentlichen Tagesordnungspunkten, weshalb man sich darauf verständigte, den Tagesordnungspunkt, bei dem es um die Sanierung des Rathauses ging, zu verschieben. Die Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, stellte fest, dass frist- und formgerecht geladen war und eröffnete die Sitzung.

Bürgerfragestunde

Aus der Mitte der Bürgerschaft wurden keine Fragen gestellt.

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Es wurde bekanntgegeben, dass Frau Kurz in der vergangenen Sitzung zur Sachgebietsleiterin des Hochbauamtes gewählt wurde.

Gedenken an die Opfer des NS-Regimes/ Verlegung von Stolpersteinen

Die Vorsitzende begrüßte zum Tagesordnungspunkt den Vorsitzenden des Museums Auberlehaus, der die Verlegung angeregt hat. In Trossingen sollen am 20. Oktober die ersten fünf Stolpersteine für Euthanasieopfer verlegt werden, die in Grafeneck ermordet wurden. Die erste Verlegeaktion soll zum bürgerschaftlichen Dialog anregen, sich auch mit der eigenen Geschichte, beispielsweise in der Nachbarschaft oder in Vereinen, zu befassen um dann in Folgeaktionen noch weitere Stolpersteine zu verlegen. Die Stolpersteine selbst bestehen aus Messing und wurden vom bekannten Künstler Demnig entworfen. Sie liegen in 1.800 Städten und Gemeinden in Europa. Insgesamt wurden bislang 90.000 Stolpersteine verlegt, die jeweils 120 Euro kosten. Das Museum Auberlehaus möchte die Patenschaft für die Steine übernehmen. Die Verlegung ist öffentlich vorgesehen und auch die Einbindung der Schulen ist angedacht. Flankierend ist am Abend des 20. Oktober ein Vortrag im Kesselhaus vorgesehen. In der anschließenden Diskussion begrüßte eine große Mehrheit die Verlegungsaktion. Eine Gemeinderätin äußerte sich dahingehend, dass sie die Verlegung in den Boden unwürdig findet. Sie empfindet die Symbolik so, dass die Opfer „mit Füßen getreten“ werden und hätte sich eine andere Art des Mahnmals gewünscht. Ein weiterer Gemeinderat regte an, die Bürgerschaft stärker einzubinden und daher den Beschluss zu vertagen. Zunächst wurde über den Vertagungsantrag abgestimmt, der keine Mehrheit fand. Dann wurde mit großer Mehrheit der Sachantrag beschlossen, die Stolpersteine wie vorgeschlagen zu verlegen.

Beratung über den Gebäudekörper des Vorhabens Logistikverteilzentrum für Amazon

Um in das Bebauungsplanverfahren einsteigen zu können, muss die Lage der Gebäudekörper festgelegt werden. Wenn die genaue Lage bestimmt ist, können Lärmgutachten, Verkehrsgutachten und andere in Auftrag gegeben werden, bzw. fertiggestellt werden. In der Sitzung am 21. Juni wurde der erste Vorhabensentwurf eingebracht. Der Gemeinderat bemängelte die fehlende Eingrünung an Fassaden und Dach, beanstandete eine Überschreitung der Höhe beim Parkhaus und forderte Antworten zur Frage, wie und wo Lieferfahrzeuge über Nacht geparkt werden. Der Investor Honold und Garbe hat die Entwürfe nun angepasst. Die Fassade des Parkhauses wird begrünt. Es ist vorgesehen, dieses mit Holz zu verkleiden. Das Dach wird begrünt und die Gebäudehöhen werden im neuerlich vorgelegten Entwurf eingehalten. Durch die Reduzierung der Höhe muss der Baukörper nun L-förmig ausgestaltet werden. Auch gehen einige Parkplätze verloren, die sich aber betrieblich kompensieren lassen. Die Anwohner der Kirchhalde werden auf das begrünte Dach und eine begrünte Fassade sehen. Auch die Stützmauern werden eingegrünt. Seitens des Gemeinderates war auch die Begrünung des Löschwasserbehälters gewünscht. Das lässt sich leider so nicht realisieren. Allerdings sind

Bäume vorgesehen, die den Löschwasserbehälter kaschieren. Ein Flachdach des Wartebereiches mit einer Spannweite von rund 30 m erhält keine Begrünung mehr, was der Gemeinderat bemängelte und zur Nutzung mit Solar oder Gründach auferlegte. Aus der Mitte des Gemeinderates wurde angeregt im Bebauungsplan heimische Gehölze festzusetzen, was unproblematisch ist. Auch sei wichtig, dass der Zaun um das Areal unten so viel Freiheit zu belassen, dass kleine Tiere durchkommen. Die Vertreter sicherten zudem auf Nachfrage zu, dass statt Rasen zumindest teilweise eine Blumenwiese anzulegen. Ein Gemeinderat thematisierte die Zusammenarbeit mit dem örtlichen Einzelhandel. Hier gäbe es seitens Amazon ja bereits einige Anstrengungen. Lobenswert sei, dass 58% aller bestellten Produkte von kleinen und mittleren Händlern stamme. Er fragte nach, ob man eine Veranstaltung vor Ort für die örtlichen Einzelhändler anbieten könne um sie dabei zu unterstützen auch einen Marketplace einzurichten. Dies wurde zugesagt. Großes Diskussionsthema war das Thema Verkehr. Amazon unterzeichnete das Climate Pledge und verpflichtete sich damit bereits 2040, 10 Jahre vor den Zielen des Pariser Abkommens, zur Klimaneutralität. Dieses Ziel ist mit dem Einsatz einer Dieselflotte nicht zu erreichen. Mitarbeiterstellplätze und das Parkhaus werden daher zu 50%, bzw. zu 100% mit Ladesäulen ausgestattet. Wenn Fahrzeuge elektrisch geladen werden, ist zu erwarten, dass die Lieferfahrzeuge zum Laden eher auf dem Firmengelände verbleiben und seltener in Wohngebieten geparkt werden. Auch zeigten die Vertreter von Amazon auf, dass sie für die Mitarbeiter Shuttleservices organisieren. Trotzdem blieb festzuhalten, dass insbesondere für Subunternehmer die ersten Jahre nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese in Wohngebieten parken. Der Gemeinderat stimmte dem Vorhaben mehrheitlich zu. Die noch offenen Punkte, insbesondere eine Konkretisierung der aufgeworfenen Parkfragen sind bis zum Aufstellungsbeschluss beantwortet.

Zwischenbericht zu Haushaltssituation

Herr Dezernent Henninger blickte zunächst auf das abgelaufene Haushaltsjahr zurück und führte aus, dass das Ergebnis rund 4,9 Mio Euro besser ausfiel, als geplant. Der Schuldenstand zum Jahresende betrug 5,1 Mio Euro. Auch das Haushaltsjahr 2021 stellt sich deutlich besser dar, als erwartet. Dabei fällt auf, dass insbesondere die Gewerbesteuer weit weniger stark eingebrochen ist, als befürchtet und sogar rund 270.000 Euro mehr erwirtschaftet werden konnten, als gedacht. Der Gemeinderat beschloss wegen der schwierigen Finanzsituation eine globale Minderausgabe in Höhe von 700.000 Euro, die Verwaltung einsparen musste. Auch dies ist trotz Pandemie gelungen. Der Schuldenstand konnte zum 30.06. um rund 325.000 Euro gegenüber dem Jahresende 2020 reduziert werden. Der Gemeinderat zeigte sich erfreut. Insgesamt darf diese Entwicklung aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Investitionen teilweise verschoben wurden und zu späterem Zeitpunkt anfallen. Es bildet sich eine Bugwelle.

Haushaltsübertragungen

Für einzelne Bereiche des Verwaltungshaushaltes besteht die Möglichkeit des Mittelübertrags für Maßnahmen, die im abgelaufenen Haushaltsjahr nicht zur Auszahlung kamen. Es wurden 445.000 Euro an Haushaltsresten übertragen. Für Investitionen wurden 10,61 Mio. Euro übertragen.

Investitionsplanung

In der Sitzung wurde die Investitionsplanung vorgestellt. Darin werden dem Gemeinderat vor Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes wesentliche Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen an den Gebäuden vorgestellt. Investitionsschwerpunkte bilden für das Jahr 2022 erwartungsgemäß die Schulen. Auch besteht ein Sanierungs- und Erweiterungsbedarf für das Rathaus und die Stadtverwaltung. Rund 240.000 Euro sollen für digitale Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger aufgewendet werden. Die Mittel werden

beispielsweise für ein Modul zur Online-Terminvereinbarung, aber auch für ein modernes und bürgerfreundliches Ratsinformationssystem verwendet. Insgesamt soll die Stadtverwaltung deutlich digitaler werden. Erstmals hat die Verwaltung auch vorgeschlagen, im Bereich der Spielplätze im Turnus von jeweils 2 Jahren Zug um Zug die Spielplätze mit jeweils 60.000 Euro in größerem Stil zu erneuern. Für das Stadion sind die Sanierung der Tribüne, eine neue Beregnungsanlage und die Sanierung der Duschen in der Fritz-Kiehn-Halle vorgesehen. Im Naturbad Troase könnten mit relativ hohen Fördermitteln Sitzstufen für Veranstaltungen eingebaut werden. Auch die Veranstaltungsreihe wird dann bezuschusst. Für den Bereich Katastrophenschutz ist die Errichtung von 3 neuen Garagen vorgesehen. Zudem ist der Austausch von zwei Fahrzeugen vorgesehen, die 2022 bestellt und 2023 geliefert werden. Im Bereich Straßenunterhaltung sind Mittel von rund 1,06 Mio Euro eingeplant. Davon betreffen rund 340.000 Euro die Radwege des noch ausstehenden Radwegekonzeptes.

Bericht über die Vermarktung der Baugrundstücke im Baugebiet Albblick I

In der Vergaberunde wurden 12 Plätze vergeben. Davon kamen 9 Bewerber aus Trossingen. Die Bewerber, die zum Zug kamen, bewarben sich spätestens im Dezember 2019 um ein Grundstück.

Programm Innenstadtberater – Kooperation mit der IHK Schwarzwald Baar Heuberg

Die CDU Fraktion stellte den Antrag der Einrichtung einer Stelle für das Citymanagement um die lokalen Einzelhändler zu unterstützen. Dieser Antrag überschneidet sich zeitlich mit dem Kooperationsantrag der IHK und der Stadt zur Schaffung einer Stelle eines Innenstadtberaters, der bei der IHK beschäftigt wird. Die Stelle wird durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau gefördert. Um die Fördermittel zu erhalten, musste die Stadt eine Erklärung zur geplanten Zusammenarbeit abgeben. Es fallen für die Stadt keine Kosten an. Es wird nach sehr detaillierten Umfragen (Innenstadtcheck) ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Dabei werden bereits vorhandene Ressourcen wie das Einzelhandelskonzept eingebunden. Die Gemeinderäte begrüßten den Vorstoß. Die Gemeinderäte der CDU zogen ihren Antrag zurück.

Beitritt zur Kooperation „Trossinger Kulturkalender“ als Instrument des Stadtmarketings

Das Kulturnetz Trossingen, die Staatliche Hochschule für Musik, sowie der Gewerbeverein und die Stadt beabsichtigen mit dem Trossinger Kulturkalender eine neue und noch professionellere Werbeplattform zu schaffen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Bereich Social Media, einem Newsletter und der Suchmaschinenoptimierung, mit der Menschen aus der Region besser geleitet werden. Die Kosten dafür betragen jährlich rund 10.000 Euro und die Stadt soll sich mit 4.000 Euro, zunächst für drei Jahre, daran beteiligen. Der Gemeinderat stimmte zu.

Umbenennung Thaddäus-Troll-Weg

Der Gemeinderat hat sich schon mehrfach mit der Umbenennung des Thaddäus-Troll-Wegs befasst und im Juni entschieden, dass der Weg künftig Annette-von-Droste-Hülshoff-Weg heißen soll. Im Anschluss zur Beschlussfassung meldeten sich die Anwohner zu Wort, die ihren Unmut über die Benennung äußerten. Der Name sei sperrig. Den Anwohnern wurde die Möglichkeit eingeräumt einen alternativen Namen vorzuschlagen. Als Maßgabe wurde genannt, dass der Namensgeber weiblich sein soll, es sich um eine Dichterin oder Denkerin handelt, die einen regionalen Bezug aufweist und in deren Vita sich eine Verknüpfung zum NS-Regime ausschließen lässt. Die Anwohner schlugen Annette-Kolb oder Sarah-Kirsch-Weg vor. Beide Namensgeberinnen sind zwar geeignet, allerdings besteht kein regionaler Bezug. Der Gemeinderat erkannte an, dass die bisherige Namensgebung in der Tat etwas

lang ist und entschied sich, den Namen auf Droste-Hülshoff-Weg zu kürzen. Es bleibt dabei, dass entstehende Aufwendungen für Ausweisdokumente, Briefbögen oder ähnliches für die Anwohner mit einem Pauschalbetrag abgegolten werden.

Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED

Der Gemeinderat hat den Grundsatzbeschluss gefasst, alle Leuchten im Stadtgebiet auf LED-Technik umzustellen. Dadurch lassen sich jährlich rund 103 Tonnen CO₂ einsparen. Im Schnitt werden durch die Umstellung rund 71% weniger Strom verbraucht werden, so dass sich die Maßnahme in rund 6,5 Jahren amortisieren wird. Die Stadt beantragt mit dem Beschluss jetzt Fördermittel, die 30 Prozent der Investitionssumme betragen. Aus der Mitte des Gremiums wurde geäußert, dass warmes, insektenfreundliches Licht gewünscht wird. Dieses sei auch für die menschliche Netzhaut durch den geringeren Blauanteil deutlich gesünder. Auch wurde darum gebeten, die bisher schon bestehenden 249 älteren LED-Leuchten nochmals zu überprüfen. Diese hätten eine hohe Blendwirkung. Die Verwaltung sicherte dies zu. Wie warm die Lichtfarbe werden soll, wird zu späterem Zeitpunkt beschlossen. Es ist vorgesehen, die Leuchten zu bemustern. Die Kosten für die Umrüstung werden rund 1,3 Mio. Euro betragen. Insgesamt gibt es im Stadtgebiet 2.740 Straßenleuchten.

Abrechnung des Erschließungsbeitrages in der Hinterweidenstraße von der Weberstraße bis zur Einmündung in die Bismarckstraße

Gemeinderat Maier ist befangen und begibt sich in den Zuschauerbereich. Für den Erschließungsbeitrag wurden 37,30 Euro pro m² Nutzfläche nach den aktuell gültigen rechtlichen Möglichkeiten festgesetzt. Die Anwohner entrichten damit, je nach Grundstücksgröße, zwischen 6.000 Euro und 14.000 Euro für Kanalisation, Straßenbau und Straßenbeleuchtung. Dies entspricht 95% der beitragsfähigen Erschließungskosten. Der Gemeinderat stimmte zu.

Bebauungsplan „Innenstadt“

Die Gemeinderäte Henn, Hermann und Betzler sind befangen und nehmen im Zuschauerbereich Platz. Im Mai wurde beschlossen den Bebauungsplan aufzustellen. Die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange fand zwischen 19. Mai und 02. Juli statt. Mit dem Bebauungsplan sollen im Wesentlichen die Nutzungsart und die Art der Werbeanlagen geregelt werden. Die weiteren Festsetzungen bisheriger Bebauungspläne haben auch weiterhin Bestand. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden seitens der Verwaltung gesichtet und ausgewertet. Der Gemeinderat stimmte den Bewertungsvorschlägen zu. Er billigte den Entwurf und beschloss die Auslegung für die Dauer eines Monats, gemäß der gängigen gesetzlichen Bestimmungen des Baugesetzbuches.

Personalsituation Baurechtsbehörde/ Nachbesetzung und Ergänzung einer Stelle im Bereich der Bauleit- und Stadtplanung

Bereits im Mai informierte die Verwaltung über die Personalsituation im Baurechtsamt. Nach wie vor gestaltet sich das Aufkommen von Bauanträgen auf sehr hohem, annähernd doppeltem Niveau. Gleichzeitig besteht hoher Beratungsbedarf der Bauherren und Architekten. Oftmals sind Antragsunterlagen mangelhaft, was nicht zuletzt daran liegt, dass für Architekten während des Studiums Baurecht kaum vermittelt würde, sich Vorschriften und Anforderungen aber stetig verschärfen. Der Gemeinderat hat einer personellen Aufstockung im Bereich Baurecht um 0,5 bis zu 0,75 Stellen zugestimmt. Da im Team zwei Kräfte ihre Arbeitszeit reduzieren möchten, sind 1,25 Stellen auszuschreiben. Mit der Art der Ausschreibung hofft die Verwaltung nicht nur Nachwuchskräfte anzusprechen, sondern ggf. auch Stellen an erfahrene Mitarbeiter in Teilzeit attraktiv gestalten zu können.

Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Während der Sommerpause wurden die Aufträge für die IT-Technik an Grundschulen im Wert von 93.067,52 Euro an die Firma Smartkomp aus Trossingen vergeben. Ferner wurden mehrere Angebote für die Möblierung Kindergarten Albblick eingeholt. Den Auftrag erhielt die Firma Werfritz aus Bad Rodach im Wert von 54.771,79 Euro.

Bekanntgabe und Verschiedenes

Die Vorsitzende erinnerte an die anstehende Bundestagswahl am Sonntag, sowie an das Kilbemarktweekende. Dezernent Henninger informierte über die Prüfung der Bauausgaben für die Jahre 2016-2020. Diese sei ohne jede Beanstandung bescheinigt worden, was die gute Qualität der Arbeit im Hochbauamt dokumentiere.

Anfragen aus dem Gemeinderat

Aus der Mitte des Gemeinderates wurden verschiedene Anfragen zum Thema Verkehr gestellt, die aufgearbeitet werden. Auch das Thema Laubbläser auf dem Friedhof sei wohl für einige Anwohner ein Ärgernis.